

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1979 (Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetz 1979 — BBVEG 79) — Drucksachen 8/2873, 8/2968 —

Bericht des Abgeordneten Dr. Riedl (München)

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß mit Wirkung vom 1. März 1979 die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden linear um 4 v. H. erhöht werden. Das jährliche Urlaubsgeld wird um 150 DM (für Beamte auf Widerruf um 100 DM, für teilzeitbeschäftigte Bezügeempfänger anteilige Höhe des Urlaubsgeldes) aufgestockt. Außerdem enthält der Gesetzentwurf eine strukturelle Verbesserung für Versorgungsempfänger der Stufe 2 des Ortszuschlages. Damit werden die Bezüge des genannten Personenkreises an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse — Hinweis auf § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und auf § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes — angepaßt.

Der Gesetzentwurf führt zu Mehrkosten bei Bund, Ländern und Gemeinden. Daneben werden auch die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und soziale Versicherungsträger mit Mehrkosten belastet. Diese Mehrkosten betragen

	1979	1980
Bund	725 300 000 DM	846 800 000 DM
Länder	1 813 500 000 DM	2 117 300 000 DM
Gemeinden	293 200 000 DM	342 900 000 DM
Bundesbahn	398 400 000 DM	465 400 000 DM
Bundespost	418 500 000 DM	486 500 000 DM
Soziale Versicherungsträger	57 700 000 DM	67 400 000 DM.

Deckung für die auf den Bundeshaushalt entfallenden Mehrkosten ist für 1979 im Haushaltsplan bei den Personaltiteln der betreffenden Einzelpläne und bei den Personalverstärkungstiteln vorhanden. Für 1980 werden die Mehrkosten bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans entsprechend berücksichtigt werden. Für die Folgejahre wird die Finanzplanung fortgeschrieben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlussempfehlung.

Bonn, den 20. Juni 1979

Der Haushaltsausschuß

Windelen Dr. Riedl (München)
Vorsitzender Berichterstatter

